

Hungerbekämpfung mit Monsanto und Co?

Mit welchen Interessen investiert die Privatwirtschaft in die Landwirtschaft?

Mireille Remesch

Endlich, so scheint es, stehen Kleinbauern und ländliche Entwicklung im Fokus zahlreicher Programme der Entwicklungszusammenarbeit. „Eine Welt ohne Hunger ist möglich“, titelt die Internetseite der German Food Partnership, eine Initiative geführt vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Zugleich betonte Dr. Stefan Schmitz, Leiter der Sondereinheit „Eine Welt ohne Hunger“, „Ernährungssicherung und ländliche Entwicklung sind im Jahr 2015 von herausragender Bedeutung für die Arbeit des BMZ.“

Investitionen in die Landwirtschaft sind dringend notwendig. Noch immer sind die Menschen am meisten von Hunger und Armut betroffen, die auf dem Land leben. Sie wurden und werden seit Jahrzehnten von ihren Regierungen weltweit vernachlässigt. Der Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe für die Landwirtschaft ist von 17% im Jahr 1980 auf 6% im Jahr 2010 gefallen. Erst seit der Nahrungsmittelkrise in den Jahren 2008/09 sind Kleinbauern und Landwirtschaft wieder in das Interesse der internationalen Gemeinschaft und der Entwicklungszusammenarbeit gerückt. Zahlreiche Programme sind entstanden, die ausdrücklich Kleinbauern als Zielgruppe bei der Hungerbekämpfung benennen. Diese Priorität und das Aufstocken der geschrumpften Finanzmittel für die ländliche Entwicklung sind zu begrüßen. Die zurzeit entstandenen Programme müssen jedoch genauer unter die Lupe genommen werden. Denn bei all diesen Initiativen spielt die Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft eine zentrale Rolle.

Kann Hunger bekämpft werden, wenn Profitinteressen im Vordergrund stehen?

Im Namen der Hunger- und Armutsbekämpfung treten vermehrt internationale Konzerne der Agrar- und Ernährungswirtschaft (u.a. BASF, Bayer, Syngenta, Monsanto) als „Entwicklungspartner“ auf. So genannte Public Private Partnership (PPP) Projekte finden sich in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit der genannten German Food Partnership (GFP) und der Sonderinitiative „Eine Welt ohne Hunger“ sowie international in einer Initiative der G8-Staaten (Neue Allianz für Ernährungssicherung) und anderen. Letztere will 50 Millionen Menschen bis

zum Jahr 2022 in Subsahara-Afrika aus der Armut befreien. „Die Neue Allianz bringt Partner zusammen, um verantwortungsvolle private Investitionen in Afrika zu erschließen, zum Nutzen für Kleinbauern und zur Reduzierung von Hunger und Armut.“¹

Kann eine Zusammenarbeit mit globalen Playern wie Monsanto und Co., die für eine inputintensive und ressourcenverbrauchende Landwirtschaft stehen, Kleinbauern zu mehr Einkommen und Ernährungssicherung verhelfen? Wer gewinnt bei diesen PPPs und wer trägt die Risiken? Die Grüne Revolution hat in den meisten afrikanischen Ländern nicht zum Erfolg geführt. Der Weltagrarbericht räumt kräftig mit der industrialisierten Landwirtschaft und ihrem Versagen bei der Hungerbekämpfung auf. Nur gemeinsam mit den Kleinbauern kann ihre Ernährung gesichert werden, so der Standpunkt der beteiligten Wissenschaftler. Bei allen Initiativen zusammen mit der Privatwirtschaft sollen die Kleinbauern im Mittelpunkt stehen, aber Transparenz und Partizipation fehlen in weiten Teilen.

Der Interessenskonflikt der Unternehmen, die Dünger, Pflanzenchemikalien oder Saatgut herstellen und mithilfe der Entwicklungsprojekte neue Märkte für ihre Produkte und Dienstleistungen erschließen können, liegt auf der Hand. Es besteht der Verdacht, dass die Rechte der örtlichen Bevölkerung in den meisten Fällen nicht geachtet werden, dass sie ihre Lebensgrundlagen, und dabei insbesondere ihr Land und den Zugang zu Wasser verlieren.

Große Firmen, große Macht

Monsanto beherrscht 90% des Marktes

¹ www.new-alliance.org

für gentechnisch veränderte Soja, 27% des Saatgutmarktes und 10% des Verkaufs von Pestiziden. Auch deutsche Firmen sind nicht weniger umtriebig, Bayer CropScience und BASF sind mit knapp 30% beim Pestizidmarkt dabei. Nur vier Getreidehändler: ADM (dazu gehört der deutsche Händler Toepfer International), Bunge, Cargill und Dreyfuss kontrollieren etwa 75% des Weltmarktes.

Sie alle sind gut im Geschäft und breit aufgestellt. Zum Saatgut werden die passenden Pestizide geliefert und die gehandelten Rohstoffe werden veredelt und in den Verkauf gebracht.

Importeure, Handelshäuser und Verarbeiter haben ein verstärktes Interesse an Partnerschaften, um ihren Zugriff auf Rohstoffe sicherzustellen. Unternehmen stehen oftmals vor dem Problem, dass Kleinbauern nicht immer in der Lage sind ausreichend und pünktlich zu liefern. Kooperationsmodelle mit der Entwicklungszusammenarbeit versprechen hier zum Beispiel durch Vertragsanbau eine effizientere Zusammenarbeit mit den LandwirtInnen.

Und ein weiteres Geschäftsfeld für die Ernährungsindustrie und für Agrarchemieunternehmen ist in den Ländern wo Mangelernährung herrscht interessant: fortifizierte Nahrungsmittel. Das heißt, Nahrungsmittel werden durch einen aufwendigen chemischen Prozess mit Mineralstoffen und/oder Vitaminen angereichert und sollen so zur Beseitigung von Mangelernährung beitragen.

Das wohl bekannteste Beispiel ist der „goldene“ Reis. Seit ca. 20 Jahren wird auf gentechnischem Weg versucht, den Gehalt an Provitamin A in Reis zu erhöhen, um damit den in einigen Ländern verbreiteten Vitamin A Mangel der zu Blindheit führen kann, zu beseitigen. Das Projekt wurde und wird mit Millionenaufwand vorangetrieben, aber es gibt massive Probleme mit der Akzeptanz (Geschmack) und der Tatsache, dass es traditionelle Reissorten gibt, die einen höheren Provitamin A gehalt haben. Das Essen von roten Gemüsen wie Möhren, Kürbis oder Paprika würde den Vitamin A Mangel leichter beheben.

Kleinbäuerliche Landwirtschaft ernährt die Welt

Noch immer leben eine Vielzahl der Menschen auf dem Land in Hunger und Armut, obwohl sie einen Großteil der Nahrung anbauen. Weltweit gibt es 500 Millionen kleinbäuerliche Be-

triebe² die 2 Milliarden Menschen mit Nahrungsmitteln versorgen. In Asien und Afrika stellen sie 80% der verbrauchten Nahrungsmittel her.³

Die Landwirtschaft stellt die Lebensgrundlage für 62% aller Menschen in Afrika südlich der Sahara dar. In Südasien sind 50% der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig.

In Afrika ist Landwirtschaft kleinteilig und durch kleinbäuerliche Strukturen geprägt, die insgesamt wenig externe Inputs wie Dünger und Pestizide nutzen. Auf traditionellem Wege werden noch 80-90% des Saatgutes erzeugt.

Die Privatwirtschaft hat großes Interesse den afrikanischen Markt zu erobern, denn hier gibt es noch Wachstumspotential. Innerhalb der Entwicklungsprogramme besteht die Gefahr, dass wichtige Strukturen dieser kleinteiligen Landwirtschaft zum negativen verändert werden. Zum Beispiel die Saatgutgesetzgebung, die noch den freien Tausch und Verkauf des eigenen Saatguts noch erlaubt und insbesondere auch die Vergabe und der Zugang zu Land und Wasser. Fraglich ist auch, ob das industrielle, nicht nachhaltige Agrarmodell noch weiter ausgedehnt werden soll. Oder ob man nicht von den bisherigen Fehlern lernt und eine Landwirtschaft fördert, die auf Ökologie und lokal angepassten Praktiken setzt und Vielfalt im Anbau nutzt. Das heißt nicht, dass auf jedwede Technik verzichtet wird. Auch Kleinbauern brauchen Entwicklung zur Bewältigung ihrer Arbeit auf den Feldern. Die Technik muss jedoch an der Realität der Bauern angepasst und kostengünstig sein. Technologien, die sie in Abhängigkeiten bringen und oder auf lange Sicht ihre Lebensgrundlagen bedrohen, sind abzulehnen.

Die G8-Initiative „ Neue Allianz für Ernährungssicherung“

Die G8-Initiative wurde 2012 durch die G-8 Staaten, einiger afrikanischer Regierungen und der internationalen Agrar- und Lebensmittelindustrie ins Leben gerufen. Aus den USA ist der weltgrößte Getreidehändler Cargill und Monsanto vertreten. Zu den europäischen Unternehmen gehören der Düngemittelhersteller Yara, Bayer CropScience und Syngenta.

Innerhalb der Neuen Allianz werden Kooperationsabkommen mit zurzeit zehn afrikanischen Ländern verein-

bart, die die Investitionsbedingungen zugunsten privater Investitionen in die Landwirtschaft verbessern. Dabei geht es auch um die Vergabe von Land. Im Rahmen von Wachstumskorridoren erhalten Investoren in Tansania, Mosambik und Malawi Zugang zu hunderttausenden Hektar Land. Zudem werden in diesen Ländern die Sortenschutzrechte im Saatgutbereich so geändert, dass der freie Tausch oder Verkauf bäuerlichen Saatguts erschwert wird.

Fast 230 Konzerne haben in unverbindlichen Absichtserklärungen angekündigt in den nächsten Jahren 10 Milliarden US-Dollar zu investieren. Fraglich bleibt, inwieweit diese Erklärungen auch umgesetzt werden.

Deutschland ist verantwortlich für das Kooperationsabkommen mit Benin, das im Gegensatz zu anderen Abkommen den Saatgutbereich ausspart. Insgesamt wird Deutschland die Neue Allianz mit 361 Millionen US-Dollar unterstützen.

Interessant wird es, wenn man sich die Projektbeteiligung der Unternehmen anguckt und feststellt, dass sie innerhalb der Initiativen ihre Kerngeschäfte in Afrika ausweiten können. So ist Monsanto in Malawi an der Stärkung von Wertschöpfungsketten beteiligt und unterstützt die Herstellung von Hybrid-saatgut (Mais) und Bollgard-resistenter Baumwolle.

Der Agrarhändler Bunge arbeitet in Malawi mit der Farmers Union beim Anbau, Marketing und Export von Soja zusammen. Soja gehört zum Kerngeschäft von Bunge.

Syngenta ist in Äthiopien an der Entwicklung von Pflanzen und neuen Technologien aktiv und beteiligt sich an der Ausbildung von Bauern.

Die German Food Partnership (GFP)

Deutschland hat 2012 mit der German Food Partnership eine eigene Initiative zur Sicherung der Ernährung in Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft gestartet. Unter der Schirmherrschaft des BMZ sind Konzerne wie Bayer, BASF, Mars, Syngenta und Metro beteiligt. Der Fokus liegt darin Bauern und Bäuerinnen in Wertschöpfungsketten zu integrieren und ihnen damit einen verbesserten Zugang zu Märkten, landwirtschaftlichen Betriebsmitteln und Nahrungsmitteln zu schaffen. Eins der bisher vier Projekte der GFP ist die Better Rice Initiative Asien (BRIA) in den Ländern Indonesien, Thailand, Vietnam und den Philippinen. Beteiligt sind BASF und Bayer CropScience. Das Ziel von BRIA ist es das Einkommen der Landwirte

² Definition Kleinbäuerliche Landwirtschaft: Betriebe die maximal 2 Hektar Land bewirtschaften.

³ IFAD 2011: Small Farmers can feed the world.

durch höhere Erträge und qualitativ hochwertigen Reissorten zu erhöhen. Zudem soll die Ernährung durch nährstoffreichere Nahrungsmittel verbessert werden.

8.000 Bauern sollen mit speziell erstellten Schulungsmaterial beraten werden. Die Projekte haben bisher ein finanzielles Volumen von 70 bis 80 Millionen Euro. Die Bundesregierung hat davon 20 Millionen zugesagt, weitere 20 Millionen sollen von der Bill und Melinda Gates Stiftung kommen. Informationen darüber wie die finanzielle Beteiligung der Unternehmen in den jeweiligen Projekten aussieht oder welche Sachleistungen und Beratungen sie tätigen, findet man nicht. Dies fällt unter die Geschäftsgeheimnisse der Unternehmen, so die Erklärung des Entwicklungsministeriums.

Auch gibt es bisher keine Informationen darüber, was das angeblich produktneutrale Schulungsmaterial beinhaltet wird. Ein Mitarbeiter von Bayer versprach uns, dass wir das Material vorab sichten dürfen. Dies bleibt abzuwarten. Laut BMZ vertritt die GFP kein spezifisches Agrarmodell. Die an den Schulungen beteiligten Kleinbauern erhalten Einblick in eine Bandbreite von modernen Produktionsmethoden und behalten die Freiheit selbst zu entscheiden, welche Produktion und Methoden für ihre Bedürfnisse die besten sind.

In den Ländern ist bislang wohl wenig von diesem Programm zu merken. Auf Nachfrage erhielten wir die Antwort von den Philippinen, dass im Bauernnetzwerk Masipag bisher keine Schulungsmaterialien von BRIA gesichtet wurden und auch kein Hybridreis. Interessant ist jedoch die Stellungnahme von philippinischen Bauern und Netzwerken aus dem Jahr 2009. Sie wollen keinen Hybridreis, denn er bietet ihnen keine Vorteile und ist dazu noch teuer in der Anschaffung. Es bestehe eine große Kluft zwischen dem Hype der um den Hybridreis gemacht wird und der Realität von Bauern, so die Stellungnahme.

Wieso werden solche Erfahrungen nicht in die Projektplanung der GFP einbezogen? Masipag Bauern sind auf den Philippinen stark vertreten. Sie nutzen die Vielfalt von Reissorten und können damit ihre Ernährung sichern und konnten sich auch an Klimaveränderungen anpassen. Ein großer Erfolg, ganz ohne Bayer und BASF, die an solchen lokalen Lösungen kein Geld verdienen und somit auch nicht investieren. Ganz anders als beim Hybridreis, deren Saatgut Jahr für Jahr neu von den Bauern gekauft

werden muss und zumeist den Einsatz von Dünger und Pestiziden nach sich zieht.

Die Sonderinitiative „Eine Welt ohne Hunger“

Eine weitere Initiative des BMZ setzt auf die Zusammenarbeit mit der Ernährungs- und Agrarindustrie. Die „Sonderinitiative für eine Welt ohne Hunger“ plant mithilfe von grünen Innovationszentren in Ländern Afrikas die gesamte Kette der landwirtschaftlichen Wertschöpfung vom Acker bis zum Teller zu stärken. Bisher gibt es wenige Informationen, was in den einzelnen Ländern geplant ist. Auch ist fraglich, was das innovative an diesen Zentren ist. Allerdings wird die Zivilgesellschaft als wichtiger Partner wahrgenommen. Zahlreiche deutsche und lokale Organisationen bringen ihre Expertise ein und begleiten diese Initiative kritisch.

Wer profitiert von PPPs und wer trägt die Risiken?

Gerne wird von der deutschen Entwicklungszusammenarbeit von einer win-win-Situation gesprochen. Die Privatwirtschaft kann mit ihren Investitionen in die Landwirtschaft neue Märkte erschließen und Kleinbauern werden in die Wertschöpfungskette integriert und erhöhen somit ihr Einkommen. Die Entwicklungszusammenarbeit wiederum ist laut Aussage des BMZ auf diese zusätzlichen Finanzmittel angewiesen. Was für das „win“ der Unternehmen zutreffen mag, ist für die meisten Kleinbauern mit hohen Risiken verbunden. Zudem werden die Menschen, die dringend auf Hilfe angewiesen sind, oftmals gar nicht erreicht. Bei unserem Gespräch im vergangenen Jahr mit dem parlamentarischen Staatspräsidenten Herrn Silberhorn im BMZ, bei dem wir unsere Unterschriften der Lobbybriefaktion „Weltagrarbericht umsetzen – Hunger beenden“ übergeben haben, wurde dies bestätigt. Erreicht werden die Kleinbauern, die bereits Marktzugang und Produktionskapazitäten haben.

Laut einer Studie des International Institute for Development and Environment und Oxfam International können maximal 10% der kleinbäuerlichen ErzeugerInnen in Wertschöpfungsketten integriert werden, wobei es sich um schon bessergestellte BäuerInnen handelt. Den restlichen 90% fehlen Kapital und technische Ausbildung. Sie können die Anforderungen an Produktionsmanagement, Buchführung, Investitionen und Hygienemaßnahmen nicht

erfüllen.

Wo bleiben aber die vielen Kleinbauern, denen es an allen Ecken fehlt und die in Hunger und Armut leben?

Auf diese Frage gab es von Herrn Silberhorn die unbefriedigende Antwort, dass eben nicht alle Menschen in der Landwirtschaft bleiben können.

Der kleine Anteil der Landwirte der integriert wird, trägt jedoch oft auch ein sehr hohes Risiko. Beim Modell des Vertragsanbaus kommt es nicht selten zu Verschuldung durch zu harte Kreditbedingungen. Sie befinden sich in einem Abhängigkeitsverhältnis zu den Aufkäufern.

Eine große Gefahr besteht auch darin, dass Menschen durch das großflächige Aufkaufen von Land ihre Existenzgrundlage verlieren. Das Phänomen des „land grabbing“ zeigt in vielen Armutsländern bereits fatale Folgen.

Die bessere Investition: Agrarökologie und kleinbäuerliche Strukturen

Erklärtes Ziel vieler Investitionen ist es, die landwirtschaftliche Produktivität zu steigern. Allgemein liegt dabei der Fokus auf einem erhöhten Einsatz von Düngern und Agrarchemie und einer Handvoll Pflanzen in Monokultur. Dieser Ansatz verkennt die Komplexität biologischer Zusammenhänge, die Lebenswirklichkeit von Kleinproduzenten und die Tatsache, dass die Produktion an Klimaveränderungen angepasst werden muss. Bäuerliches Wissen wird ignoriert und Menschen ausgegrenzt, denen am dringendsten geholfen werden müsste.

Es reicht nicht aus, einfach Menge zu produzieren. In den letzten 40 Jahren konnte die weltweite Nahrungsproduktion pro Kopf um 17% gesteigert werden, mit einer durchschnittlichen Kalorienaufnahme von 2780 kcal / Tag. In 33 armen Ländern liegt die tägliche Kalorienaufnahme jedoch durchschnittlich unter 2200 kcal / Tag. Eine wachsende Nahrungsproduktion ist wichtig, jedoch nicht ausreichend um Hunger und Armut zu bekämpfen. Arme Landwirte brauchen Zugang zu günstigen Technologien und Praktiken um die lokale Nahrungsproduktion zu steigern und Einkommen zu sichern. Um die hohen Nachernteverluste zu mindern, sind beispielsweise Investitionen in lokal angepasste Formen der Lagerung notwendig.

Mit der richtigen Unterstützung können KleinbauerInnen ausreichend Nahrung für sich und die wachsende Weltbevölkerung produzieren. Ein

agrärökologischer Ansatz kann dazu beitragen, dass die Ernährungssituation verbessert, Armut reduziert und die Folgen des Klimawandels durch umweltverträglichen Anbau gemindert werden. Die Agrärökologie nutzt Prinzipien des ökologischen Anbaus und bietet eine Reihe sozialer, ökonomischer und umweltrelevanter Vorteile. Entgegen der immer wieder wiederholten Behauptung der Industrie ist dieser Ansatz nicht rückwärtsgewandt oder altmodisch. Eine umfassende Studie hat 286 ökologisch nachhaltige Agrarprojekte in 57

Ländern untersucht und im Schnitt eine Steigerung der Ernteerträge um 79 Prozent festgestellt. Zudem konnte die Wassereffizienz und Kohlenstoffbindung erhöht und der Einsatz von Pestiziden reduziert werden.⁴

Eine Studie von GRAIN bestätigt, dass Kleinbauern weltweit zwar nur 25% der Fläche bebauen, aber viel produktiver sind als Großfarmen. Sie nutzen Biodiversität besser, erhalten die

⁴ Pretty et al. 2006: Resource-Conserving Agriculture Increases Yields in Development Countries.

Landschaft, schaffen Arbeit, und unterstützen die lokale Wirtschaft, arbeiten klimafreundlicher und halten die Gesellschaft zusammen.⁵

Diese agrärökologische Ausrichtung sollte auch in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mehr Priorität erfahren, anstatt mit öffentlichen Geldern ein Agrarmodell zu verbreiten, das nicht nachhaltig, mit Risiken behaftet und nicht in der Lage ist, Ernährung für alle Menschen zu sichern.

⁵ Grain 2014: Hungry For Land.

Meldungen

Filmtipp: Viel Gutes Erwartet Uns Ein Landwirt kämpft entschlossen um unseren Boden

Ein Film von Phie Ambo

Niels Stokholm ist 79 Jahre alt und biodynamischer Landwirt im Norden von Kopenhagen. Gemeinsam mit seiner Frau arbeiten sie seit über 30 Jahre biodynamisch.

Niels trifft alle Entscheidungen im Einklang mit der Natur und dem Respekt vor den Tieren. Er spricht seine Tiere mit Namen an und hat eine enge Beziehung zu ihnen. Er hält sich an einen Saat- und Erntekalender, der sich an der Position von Sternen und Planeten orientiert und ihm beispielsweise sagt, wann er den Boden düngen muss.

Das beste Restaurant der Welt, NOMA, sowie dänische Küchenchefs von Weltrang, kaufen ihr Fleisch und Gemüse von seinem Hof. Trotzdem hat Niels mit EU-Regularien und regelmäßigen Tierschutz-Kontrollen zu kämpfen. Er produziert gesunde und schmackhafte Lebensmittel, muss sich aber fortwährend gegen Regularien zur Wehr setzen, die für die Industrielle Landwirtschaft festgelegt wurden. Wie werden sich diese Regularien auf lange Sicht auf unsere Nahrung und unsere Nutztiere auswirken?

Der Film ist ab dem 19. März 2015 im Kino zusehen.

GMO-Free Europe 2015 in Berlin

Vom 06. bis 8. Mai 2015 findet in Berlin die Konferenz GMO-Free Europe statt. Der zehnte Geburtstag dieser für die gentechnikfreien Regionen wichtigen Konferenz lädt Nichtregierungsorganisationen, WissenschaftlerInnen und regionale RegierungsvertreterInnen zum Austausch ein, um weiter gegen den Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft zu kämpfen.

Weitere Infos: www.gmo-free-regions.org/de/gmo-free-europe-2015.html

Mehrheit der Länder für bundesweites Genpflanzen-Verbot

28.02.2015 Süddeutsche.de

Berlin (dpa) - Im Streit um das geplante Anbauverbot für gentechnisch veränderte Pflanzen dringt die Mehrheit der Länder auf eine Regelung auf Bundesebene. Sollte dies nicht zustande kommen, behalten sich einige von ihnen eigene Verbote vor, wie eine dpa-Umfrage in den zuständigen Ministerien ergab.

„Es darf in Deutschland keinen Flickenteppich geben, daher muss der Bund ein Verbot erlassen“, sagte Schleswig-Holsteins Agrarminister Robert Habeck (Grüne). Generell positionierten sich fast alle Flächenländer gegen Genpflanzen auf Äckern. Sachsen-Anhalt äußerte sich abwartend.

Bundesagrarminister Christian Schmidt (CSU) plant die Umsetzung des Anbauverbots auf Länderebene, da dies

die rechtssicherste Methode sei. Ein Bundesgesetz soll dafür einen einheitlichen Rahmen schaffen. Das Bundesumweltministerium will dagegen ein Verbot auf Bundesebene. Die EU-Staaten sollen bald mehr Spielraum bekommen, den Anbau europaweit zugelassener Genpflanzen auf ihrem Gebiet zu verbieten.

Bei Campact! Lläuft derzeit noch eine Unterschriftenaktion: Gentechnik-Verbot bundesweit!

Das neue Projekt der Agrar Koordination „**Investitionen in die Landwirtschaft**“ ist gestartet. Wir werden die kommenden 2 Jahre dazu diskutieren und informieren, wie die dringend erforderlichen Investitionen aussehen müssen, um das Recht auf Nahrung Wirklichkeit werden zu lassen. Dabei beschäftigen wir uns auch mit den Investitionen der Privatwirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit. Pünktlich zum Kirchentag in Stuttgart (4.-6.6.15) werden wir dazu eine kleine Info Broschüre fertigstellen sowie eine Poster Ausstellung. Wir freuen uns, viele von Euch an unserem Stand beim Kirchentag zum Austausch zu treffen.

Mehr Infos zum Projekt unter www.agrarkoordination.de und im Projektflyer.

Impressum

6 Ausgaben im Jahr kosten € 10,80 (Lastschrift) inklusive Porto für den Versand im Inland.

Für ein Auslandsabo stellen wir das erhöhte Porto in Rechnung.

Herausgeber: Forum für internationale Agrarpolitik FIA e.V. (gemeinnützig). Spendenquittungen werden ausgestellt.

Redaktion: Agrar Koordination, Ursula Gröhn-Wittern, Nernstweg 32, 22765 Hamburg, Tel.: 040 39 25 26; Fax 040 399 00 629; info@agrarkoordination.de, www.agrarkoordination.de

Bankverbindung: Forum für internationale Agrarpolitik (FIA) e.V., GLS Bank (BLZ 430 609 67) Konto 2029563500

Druck: Druckwelten Hamburg, 100 % recycling Papier

ISBN: 978-3-9813497-2-6

